

Konzept

Freizug Notunterkünfte

analysieren - ermitteln - umsetzen

Die Idee von einem

beteiligenden und berücksichtigenden

Konzept

Idee, Vorschlag und Konzeption:

Netzwerk Berlin hilft

www.berlin-hilft.com

1. Einleitung und Vorbemerkungen

Die bisher als Notunterkünfte genutzten Turnhallen sind inzwischen freigezogen. Das ist ein erster großer Erfolg, der schon viele Anstrengungen kostete und noch mehr Geduld.

Dennoch wohnen natürlich noch viele Menschen in oft sehr großen Notunterkünften, die zwar keine Turnhallen, dennoch aber für eine dauerhafte Unterbringung nicht geeignet sind.

Beispielhaft seien die Hangars, C&A, Kruppstraße, Ruschestraße und ICC genannt.

Die Vorbereitung und Umsetzung der Turnhallenfreizüge in der Vergangenheit hatte durch unterschiedliche Rahmenbedingungen dabei leider nicht die Qualität, die eigentlich erforderlich gewesen wäre, um einen geordneten und auch sozialverträglichen Umzug zu gewährleisten.

Wir hatten Mitte letzten Jahres bereits ein Konzept zum Turnhallenfreizug erarbeitet, das wir aufgrund der nun zwischenzeitlich gemachten Erfahrungen und unter Berücksichtigung der auch anderen Gegebenheiten nochmals überarbeitet und angepasst haben. Damals kam leider weder unser Konzept noch die LKF-internen Vorschläge tatsächlich zur Umsetzung.

Dabei gehen wir davon aus, dass trotz unverändert hohem Druck beim Auflösen der weiteren Unterkünfte nun dennoch mehr Sorgfalt und auch Vorlauf gewährleistet werden kann als dies bei so manchem Turnhallen-Freizug in der Vergangenheit der Fall war.

Dies ist auch dem Umstand geschuldet, dass diese Unterkünfte 1. größer und mit mehr Menschen als in den Turnhallen belegt sind, 2. oft von Menschen bewohnt werden, die bereits im Jobcenter-Bezug sind und deshalb auch bereits noch länger hier sind und 3. jetzt die Gelegenheit ist, die Qualität der Umzüge nochmals deutlich zu verbessern.

Wir haben deshalb die Vorbereitung und auch Mitwirkung von Betreibern, Ehrenamtlichen und auch Bewohnern viel weiter in den Vordergrund gestellt, als dies in der Vergangenheit der Fall war.

2. Prämissen

Die nun anstehenden Unterkünfte sind alle deutlich größer und haben oft 400 Bewohner und mehr.

- Erhaltung des Sozialraumes und Sozialbezuges, soweit dies möglich ist
- Folge: Es müssen mind. zwei Tempohomes oder MUFs komplett belegt werden können, u.U. sogar drei.
- Weder Tempohomes noch MUFs stehen schnell und unmittelbar zur Verfügung. Zudem haben sich oft Verzögerungen bei Fertigstellung, Übergabe und Ausstattung ergeben.
- Der Anteil von Familien, JC-Kunden und besonders Schutzbedürftigen ist höher, weil diese Unterkünfte im Vergleich zu den Turnhallen als schon bessere Unterkünfte betrachtet und demzufolge solche Menschen eher hier als in Hallen untergebracht wurden.
- Folge aus allem: Es ist mehr Zeit, Sorgfalt und Vorplanung notwendig, um einen sauberen Freizug umzusetzen.
- Weitere Folge: Um dies zu gewährleisten, ist eine bessere Vorplanung und auch Datenlage erforderlich.
- Ehrenamtliche haben wiederholt die bisherigen Umzüge einerseits kritisiert, andererseits aber angeboten, bei der Planung und Vorbereitung auch zu unterstützen. Dies sollte auch entsprechend umgesetzt werden.

- Dem zeitlichen Druck geschuldete Präsentation der sog. „vollendeten Tatsachen“ soll nun eine kooperative Einbeziehung der Geflüchteten folgen.
- Geflüchtete sollten auch selbst entscheiden können, welche Vor- oder Nachteile sie in Kauf nehmen wollen. Z.B.:

Ist die bessere Unterkunft das Ziel oder wünschen sie lieber kurze Wege zu bisherigen Anlaufpunkten?

Ist ein Schulwechsel eine mögliche Folge einer besseren Unterkunft, die man in Kauf nehmen kann?

Warum sollen die Menschen nicht mit eingebunden, über die Alternativen, Vor- und Nachteile aufgeklärt werden und dann auch selbst entscheiden?

- Aus den baulich nötigen Voraussetzungen ergeben sich auch zeitliche Spielräume, die nun genutzt werden können und sollten.
- Wir schlagen zur konkreten und besseren Abstimmung einen vorbereitenden Gesprächskreis vor, der die wesentlichen Eckdaten nochmals festlegt.

3. Konzept zum bedarfsorientierten und integrationserhaltenden Freizug von bisher als Notunterkunft genutzten Unterkünften in Berlin

Ein erfolgreiches Freizugskonzept sollte die bereits begonnenen Integrationsansätze - sprich Besuch von Ausbildungsplätzen, Schulen, Kindertageseinrichtungen, Sprach- und Integrationskursen - mindestens erhalten. So müssen für jede freizuziehende Unterkunft über die reinen logistischen Umzugsaspekte hinaus, wesentliche administrative Faktoren berücksichtigt werden um eine sozial verträglicher Verlegung zu garantieren:

1. Wie sind die (familiären) Bindungen (in Berlin) der umziehenden Bewohner?
2. Welches Kind besucht, welche Bildungseinrichtung im Bezirk?
 - a. Inwiefern kann der Besuch auch nach Umzug (bezirksübergreifend) sichergestellt werden?
 - b. Abgleich der Daten Schulbesuch mit Schulamt des abgebenden Bezirkes für realistische Schulplanungen
 - c. Abgleich der Daten Kita-Besuch mit Jugendamt (ISBJ-Verfahren) des abgebenden Bezirkes für realistische Kita-Planungen
 - d. Planung des Schul/ KiTa-Besuchs und Schulwechsel in den neuen Bezirk
3. Kann der Besuch von Kursen in Sprachschulen/ Integrationskursen nach Umzug fortgeführt werden?
4. Welche erfolgreiche Integration in den Berliner Arbeitsmarkt hat bereits in Form von Ausbildung, Praktikum, Nebenjob - stattgefunden?
5. Regelung Adressänderung/ Meldeadresse an BAMF (Individualität beachten!), ggf. Job-Center, insb. SICHERE Meldung ans BAMF
6. Regelungen Kostenübernahmen (KÜ) für neu aufnehmende Unterkunft; ggf. „Sammel-KÜ“ für neu aufnehmende Unterkunft
7. gesicherter erhöhter Bewilligungsbescheid bei Erhöhung des Verpflegungsanteils („Statuswandler“) und damit höherem Geldleistungsbedarf - Sammeltermine LAF/ Abstimmung JC

Weiterhin ist vor dem Umzug aus der Turnhalle heraus der sozialrechtliche Status der Bewohner zu ermitteln:

- Leistungsträger/ Wo liegt die Zuständigkeit [AsylbLG](#) oder [SGB](#) ?
- Anspruch auf Wohnung und/ oder Integrationskurs

Es wird deutlich, dass die als notwendig erachteten Informationen über die Bewohner nicht bei einer zentralen Stelle (LAF) vorliegen, sondern stets vor Ort und (wenn überhaupt bekannt) im Minimum an dezentralen Stellen - und auch nur unterschiedlichen Personenkreisen - zur Verfügung.

So erscheint eine solche Erhebung nicht nur vor dem Hintergrund mit dem Auszug aus einer Notunterkunft, sondern generell als notwendig und sinnvoll.

Nur mit diesen allumfassenden Informationen kann ein soziales, integratives und tragbares Umzugskonzept für den Berliner Senat erstellt werden. (siehe Anhang, Informationsermittlung)

Dabei kann die Informationsermittlung schon weit vor einem konkreten Umzugstermin erfolgen. Durch neue Bewohner oder wegziehende alte verändert sich zwar die Datenlage leicht, aber nicht entscheidend. Zudem kann dann mit einem Freizug auch sukzessive begonnen werden und beispielsweise besonders Schutzbedürftige bereits weit vor dem Schließungstermin in immer wieder freiwerdende GU-Plätze ziehen. Damit vermindert sich der Druck zum Schließungstermin zusätzlich.

4. Leistungen & Planung

Vorbereitungstreffen LAF/Betreiber/Bezirk/EA (8 Wochen vor Termin)

Abfrage aller relevanten Daten (in Kooperation mit LAF) bei:

- Bezirk
- SenBJW
- LAF
- Betreiber
- JC
- EA
- Bewohner

Aufbereitung der Daten (7 Wochen vor Termin)

1. Planungsstand neue Ziel-Unterkünfte (6 Wochen vor Termin)

Vorbereitungstreffen alte Unterkunft (5 Wochen vor Termin)

Zusammenstellung aller relevanten Informationen und Daten (4 Wochen vor Termin)

Vorbesprechung mit neuen Unterkünften (3 Wochen vor Termin)

1. Persönliche Information an die Bewohner der Turnhalle (4 Wochen vor Termin)

Besichtigungstermine neue Unterkünfte (4 Wochen vor Termin)

Nachsteuerung und Berücksichtigung von Bewohner-Auswahl (3 Wochen vor Termin)

2. Planungsstand neue Ziel-Unterkünfte (3 Wochen vor Termin)

Letzte Änderungen (14 Tage vor Termin)

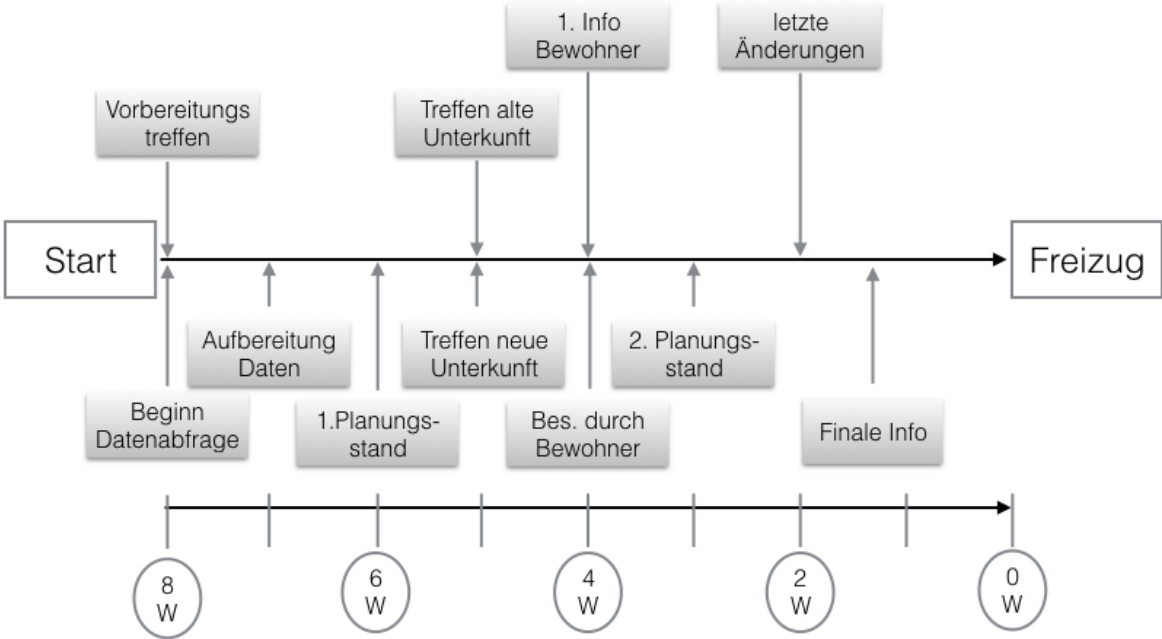
endgültige Info an alle (10 Tage vor Termin)

Nachjustierung / Härtefälle (laufend)

Auszug von Härtefällen / Familien / Betroffenen mit Dringlichkeit laufend je nach Platz in GUs und nicht nur im Rahmen eines Freizugsplanes

Laufende Aktualisierung der Daten und Planungsstände

Darstellung Timeline



5. Notwendige Informationen

Information	Auskunft	Bemerkung
• Familiäre Bindungen (in Berlin)	Bewohner	
• Besuch von Kitas (welche)	Bewohner	
• Besuch von Schulen	Bewohner/Bezirk/ Betreiber	
• Sprachkurse	Bewohner/ VHS / Sprachschule /Betreuer	
• Integrationskurse	BAMF	
• Arbeitsmarkt-Integrations- Instrumente	BA/JC	
• Ausbildung	BA/JC	
• Arbeit	BA/JC	
• Sport	Bewohner/teilw. Betreiber	
• Freizeit	Bewohner/Betreiber/EA	
• Status	BAMF	
• Leistungsträger	LAF/JC	
• Anspruch auf Wohnung	LAF/JC	
• Anspruch Integrationskurs	BAMF	
• Sprachkenntnisse	Bewohner	
• Ausbildung/Abschlüsse	Bewohner/ Betreiber	
• Berufswunsch	Bewohner /JC / BA	
• Besonderes	Bewohner	

6. FAZIT

Wir haben - wie eigentlich auch alle anderen Beteiligten- festgestellt, dass die bisherigen Turnhallen-Freizüge insbesondere aufgrund des zeitlichen Drucks keinesfalls optimal liefen.

Die alleine vom LAF erhebbaren Daten sind „dünn“ und kommen nicht aus originären Systemen. Die Zuarbeiten von Bezirk und Betreiber ist zwingend erforderlich, die von Ehrenamtlichen und anderen Beteiligten extrem hilfreich.

Die Einbeziehung anderer Beteiligter lief bisher in weiten Teilen unterdurchschnittlich, hätte aber aus unserer Sicht sowohl das Ergebnis wie auch die Kommunikation in alle Richtungen deutlich verbessern können.

Der Zeitdruck, Unterkünfte morgen freiziehen zu müssen, ist entfallen. Dies sollte man 1. auch so feststellen und 2. nutzen, denn generell wird LAF und SenIAS jetzt an Qualität gemessen, nicht mehr nur an „Schnelligkeit“.

Eine Woche mehr Zeit wäre schon oft bessere Option gewesen, als manchen Umzug übers Knie zu brechen. Es gibt nun nicht nur eine reelle Chance, eine saubere Umsetzung durchzuführen, sondern sicher auch den Anspruch, dies so zu tun.

Wir haben die Bewohner in die Planung mit einbezogen. Aus unserer Sicht trägt dies dazu bei, den Menschen mehr Eigenverantwortung zu geben. Sie können und sollen - soweit dies möglich ist - auch selbst entscheiden, wie und wo sie ihre Prioritäten setzen, wenn es um ihr Wohnen und Leben geht. Wir wissen, dass dies problematisch gesehen werden kann, was vor allem an der ja real nicht wirklich freien Wahl liegt. Dennoch ist das Aufzeigen der tatsächlichen Möglichkeiten bei gleichzeitig eigener Entscheidung sicher besser, als über sie hinweg zu entscheiden.

Klares Aufzeigen 1. von Möglichkeiten und 2. von Alternativen (mit deren Limitierungen) sorgt für Beteiligung und Transparenz.

Wir bieten gerne an, uns an der Weiterentwicklung, Ausarbeitung und Umsetzung eines solchen Konzeptes inhaltlich und auch personell zu beteiligen und insoweit auch ein entsprechendes Angebot zu unterbreiten.

Netzwerk Berlin hilft

Christian Lüder

April 2017